

Sehr geehrte/r ...

danke für Ihre E-Mail. Als Ihr Wahlkreisabgeordneter und Innenpolitiker der Union antworte ich Ihnen gerne. Für Ihre Sorgen habe ich vollstes Verständnis: Auf Moria und den anderen griechischen Inseln ereignen sich menschliche Tragödien.

Als Mensch und als Christ fühle ich mich verpflichtet, den Menschen vor Ort zu helfen. Als Politiker darf ich jedoch die langfristigen Folgen und Anreize, die von unseren politischen Entscheidungen ausgehen, nicht außer Acht lassen. Mir geht es um nachhaltige, langfristige, humanitäre und europäische Lösungen in der Migrationspolitik.

Als Folge der vorsätzlich gelegten Brände in Moria haben wir als CDU/CSU-Fraktion mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass einmalig 408 Familien und insgesamt 1553 Personen in Deutschland aufgenommen werden. Bei diesen Personen handelt es sich um anerkannte Asylberechtigte, die einen Schutzanspruch genießen. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR werden diese Personen in den kommenden Monaten nach Deutschland verbracht. Diese Zusammenarbeit ist dringend notwendig, da nur die griechischen Behörden und der UNHCR die betroffenen Personen benennen können. Kein anderes EU-Land beteiligt sich an dieser Aktion.

Die griechische Regierung rät dringend von der Übernahme der Personen ab, die kein Asylrecht in der EU genießen. Diverse Quellen sagen uns, dass sich die meisten Personen, die sich auf den griechischen Inseln befinden, nicht auf das Asylrecht berufen können, da sie in ihren Heimatländern nicht verfolgt werden und folglich nicht schutzbedürftig sind. Menschen ohne Asylrecht müssen umgehend in die Türkei zurückgeführt werden, so wie es das geltende EU-Türkei-Abkommen vorsieht. Nur so können wir langfristig das europäische Asylrecht erhalten und die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft vollbringen.

Wir müssen den Tatsachen, dass sich kein EU-Land an der Übernahme der anerkannten Flüchtlinge beteiligt und dass Griechenland als zuständiger Staat gegen die Übernahme der sonstigen Personen ausspricht, ins Auge blicken und wir müssen diese Entscheidungen, die von souveränen Staaten getroffen wurden, respektieren.

Globale Probleme wie die Herausforderungen der Migrationspolitik müssen global gelöst werden. Dafür setzen wir uns als Union seit über fünf Jahren ein. Allerdings müssen wir konstatieren, dass die bisherige europäische Flüchtlingspolitik gescheitert ist. Die beschlossenen Verteilquoten für anerkannte Flüchtlinge sind in der europäischen Union nicht durchsetzbar und – ich fürchte – nicht mehr mehrheitsfähig. Hier setzt für mich der größte Kritikpunkt an den beschlossenen Maßnahmen an: Im europäischen Ausland finden wir für asylrechtliche Alleingänge offenbar keine Zustimmung und forcieren auf diese Weise die Spaltung der Europäischen Union. Kein anderes Land beteiligt sich an der Aufnahme der anerkannten Asylbewerber aus den griechischen Inseln. Selbst die österreichische Bundesregierung lehnt, unter Regierungsbeteiligung der Grünen, eine Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU ab. Dies zeigt: Innerhalb der EU stehen wir langfristig allein da, wenn wir den deutschen Sonderweg weitergehen. Damit ist dem europäischen Asylgedanken nicht geholfen.

Es ist mein erklärtes politisches Ziel, für Menschen in Not ein Recht auf Asyl in Europa zu erhalten. Mit der derzeitigen deutschen Politik gefährden wir offenbar dieses Ziel.

Gleichwohl gilt und muss gelten, dass sich die anerkannten Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union das Land, das ihnen Schutz gewährt, nicht aussuchen dürfen. Im Hinblick auf die Flüchtlingssituation auf dem Balkan, in der Türkei, in Syrien und erst recht in den anderen europäischen Hotspots sehe ich die Gefahr, dass vom Brand auf Moria ein fatales Signal ausgeht: „Durch kriminelles Handeln öffnet sich die Tür nach Deutschland.“ Wir dürfen uns auf diese Art nicht erpressen lassen. Diese Befürchtung teilt die griechische Regierung. Ich bin deshalb froh, dass sechs mutmaßliche Brandstifter durch die griechische Polizei ermittelt wurden.

Der Konflikt um die Zukunft der europäischen Asylpolitik darf selbstverständlich nicht auf dem Rücken der Menschen, die auf der Flucht sind, ausgetragen werden. Deshalb helfen wir vor Ort, deshalb nehmen wir anerkannte Flüchtlinge auf, deshalb arbeiten wir weiterhin intensiv an einem neuen europäischen Asylrecht und deshalb haben wir in der Vergangenheit bereits viel geholfen:

- Erst in dieser Woche sind 26 Kinder mit ihren Kernfamilien, also 109 Personen in Deutschland angekommen. Dieses Jahr hat Deutschland damit 574 Personen per Flugzeug aus Griechenland übernommen. An diesen Maßnahmen beteiligen sich insgesamt elf EU-Mitgliedsstaaten.
- In den vergangenen Tagen sind zahlreiche Hilfspakete in Griechenland eingetroffen. Dabei handelt es sich um 78 Zelte, 1.400 Feldbetten, 400 Iso-Matten, 300 Sommer-Schlafsäcke sowie, 100 Winter-Schlafsäcke.
- Für die nächsten Wochen ist weitere Hilfe zugesagt und auf dem Weg. Es werden insgesamt 11500 Schlafsäcke, 2.000 Decken, 2.160 Alu-Isolationsunterlagen, 450 Zelte und zwei Sanitärcontainer nach Griechenland verschickt.
- In den letzten Monaten hat Deutschland umfassende Hilfspakete nach Griechenland versendet. Bereits im Dezember 2019 hat Deutschland 55 LKW-Ladungen mit Hilfsgütern im Wert von 1,56 Millionen Euro für die Unterbringung von bis zu 10.000 Migranten und Flüchtlingen geliefert.

Deutschland hilft. Deutschland hilft mehr als jedes andere Land in der EU. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung und nehmen diese wahr. Wer diese Fakten nicht zur Kenntnis nehmen will, hilft den Menschen nicht, sondern handelt aus ideologischen Gründen. Wohlwollend habe ich deshalb zur Kenntnis genommen, dass sich auch der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann explizit für den von Seehofer und Merkel gefundenen Kompromiss ausspricht.

Ich weiß, dass sich Kommunalpolitiker zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt haben, weise aber daraufhin, dass das Asylrecht allein in die Zuständigkeit des Bundes fällt und auch unsere Möglichkeiten der Integration endlich sind.

Wir brauchen eine europäische Lösung. Auch im Sinne der Menschen, die in Europa Schutz suchen. Deutsche Sonderwege gefährden jede europäische Asylpolitik.

Ich hoffe, dass ich meine Position verständlich darlegen konnte, auch wenn Sie nicht jedes meiner Argumente teilen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Marc Henrichmann